



MEIN BRIEF AUS BERLIN

MICHAEL GROSSE-BRÖMER

Ausgabe 273
18. Wahlperiode / Nr.53
15. April 2016

UNSER KAMPF GEGEN STEUERFLUCHT

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Enthüllungen rund um die sogenannten „Panama Papers“ sind eine Hilfe im Kampf gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Geldwäsche. Sie haben einem altbekannten Problem eine neue Dynamik gegeben. In Deutschland wurde bereits viel gegen Steuerkriminalität unternommen. Nationale Maßnahmen alleine können kriminelle Machenschaften im Finanzsektor aber nicht ausreichend bekämpfen. Auf europäischer und internationaler Ebene ist Deutschland seit vielen Jahren treibende Kraft beim Kampf gegen Steuerhinterziehung. Das wird auch in Zukunft so sein.

Herzlichst, Ihr

Der internationale Kampf gegen Steuerkriminalität und Geldwäsche hat mit den Enthüllungen der *Panama Papers* starken Rückenwind bekommen. Vor allem aber wird deutlich, dass der eingeschlagene Kurs unseres Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble richtig und angebracht war. Das Problem ausländischer Steueroasen ist nicht neu. Daher ist es umso ärgerlicher, dass nationalen Maßnahmen nur bedingt greifen können, um das Problem zu bekämpfen. Ohne die internationale Kooperation und den Ausbau des automatischen Informationsaustausches bleibt der Kampf gegen Steuerkriminalität einer gegen Windmühlen. Wir brauchen mehr zwischenstaatlichen Datenaustausch. Unser Finanzminister hat hier schon 2014 Pflöcke eingeschlagen

Fast 100 Staaten bekennen sich mittlerweile zu dem auf der Berliner Steuerkonferenz im Oktober 2014 vereinbarten neuen Standard für einen

automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten. Danach beschaffen sich die Staaten bestimmte Informationen von ihren Finanzinstituten und tauschen diese Daten jährlich mit anderen Staaten aus. Zu den meldepflichtigen Informationen gehören u. a. Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden, Einnahmen aus bestimmten Versicherungsverträgen, Guthaben auf Konten oder Erlöse aus der Veräußerung von Finanzvermögen. Betroffene Finanzinstitute sind unter anderem Banken, Verwahrstellen und näher bestimmte Versicherungsgesellschaften. Nicht zuletzt durch die Initiative Wolfgang Schäubles haben wir in den vergangenen drei Jahren mehr erreicht als in den dreißig Jahren zuvor. Weil die nötige Transparenz nur durch internationale Zusammenarbeit auf der Basis einheitlicher Informationsmerkmale geschaffen werden kann, müssen wir den Kreis an kooperationswilligen Ländern weiter ausbauen. Wir erwarten, dass es auf dem nächsten G7-Gipfel in Japan für diesen Kurs weltweit noch mehr Unterstützung geben wird. Die Bundesregierung beabsichtigt, bereits über die Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds weitere Impulse zu setzen.

Die nationale und internationale Bekämpfung der Steuerkriminalität werden wir weiter forcieren. Dazu hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble einen 10-Punkte-Plan vorgestellt. So soll unter anderem die gewerbliche Geldwäsche besser kontrolliert werden. Diese Maßnahme betrifft Unternehmen, die nicht dem Finanzsektor angehören. Auch sind Änderungen bei den Verjährungsfristen, den strafrechtlichen Konsequenzen bei Steuerkriminalität sowie die Einführung eines Transparenzregisters und einer schwarzen Liste (bekannte Steueroasen) geplant. Steuerkriminalität ist kein Bagatelldelikt, sondern ein Vergehen an der Allgemeinheit.

ZUKUNFTSORIENTIERTE LANDWIRTSCHAFT

In dieser Woche hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Landwirtschaftskongress abgehalten. Unter der Überschrift „Landwirtschaft in Deutschland – Wege in die Zukunft“ wurde über die gegenwärtigen Herausforderungen und die Zukunftsträchtigkeit der Landwirtschaft in Deutschland diskutiert. Experten aus Politik, Wissenschaft und landwirtschaftlicher Praxis referierten und diskutierten dabei unter anderem über die Auswirkungen des Konsumverhaltens der Bürger

und deren steigende Ansprüche an die Qualität landwirtschaftlicher Produkte. Viele Verbraucher wollen zum Beispiel bessere Qualität, sind aber nicht dazu bereit, auch den dafür angemessenen Preis zu zahlen. Aber auch die Frage nach den Kriterien einer guten Tierhaltung oder aber der Maßnahmen hin zu einer dauerhaft wettbewerbsfähigen Landwirtschaft wurden intensiv mit den über 400 Gästen besprochen. Dabei wurde deutlich, dass Globalisierung und die zunehmende Verzahnung der

Märkte die Landwirte in einem hohen Maße fordert. Deutlich wird dies in erster Linie an den Dumpingpreisen, zu denen einige tierische und pflanzliche Erzeugnisse derzeit angeboten werden. Die Union wird sich auch weiterhin für die Belange der Landwirte einsetzen. Jetzt geht es erst einmal darum, die Eckpunkte einer zukunftssicheren Landwirtschaftspolitik auszumachen und in unsere parlamentarische Arbeit einfließen zu lassen.

TERMINAUSWAHL

15.04.2016

Vorstandssitzung der Konrad-Adenauer-Stiftung in *Berlin*.

18.04.2016

Kreisvorstandssitzung der CDU Harburg Land in *Maschen*.

19.04.2016

Gespräch mit Vertretern der Zukunftswerkstatt Buchholz in *Buchholz*.

20.-21.04.2016

Gemeinsame Klausur der geschäftsführenden Fraktionsvorstände von CDU/CSU und SPD in *Baden-Württemberg*.

26.04.2016

Parlamentarischer Abend des Bundesverbandes deutscher Pressesprecher in *Berlin*.

26.04.2016

Frühlingsfest des Bundesverbandes Deutscher Volksbanken und Raiffeisenbanken in *Berlin*.

SICHERE HERKUNFTSSTAATEN SCHAFFEN

Die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag haben es wiederholt klargestellt: Menschen, die vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland geflohen sind, helfen wir aus Überzeugung. Wir werden aber jene wieder in die Heimat schicken, die sich lediglich bessere Voraussetzungen als Zuhause wünschen. Wichtig ist auch, dass wir Menschen wieder in ihre Heimat schicken, wenn sie Bürgerkriege und Verfolgung nicht

mehr befürchten müssen. Es ist unverständlich, wieso sich vor allem Teile der SPD und LINKE mit dieser Einstellung so schwer tun. Deutlich wird das an der Absicht der CDU/CSU, Staaten in der Region Nordafrika zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Denn Asylantragsteller aus Algerien, Marokko und Tunesien haben in fast allen Fällen keine Aussicht auf einen Schutzstatus. Aus diesem Grund haben wir ein Gesetz eingebracht, mit

dem die Asylverfahren von Angehörigen dieser Staaten deutlich beschleunigt werden können. Dadurch verkürzen wir deren effektive Aufenthaltsdauer in Deutschland und entlasten das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF). Dadurch kann das BaMF seine Ressourcen besser für die Menschen nutzen, die auch wirklich auf unsere Hilfe und Solidarität angewiesen sind.

MGB IM GESPRÄCH MIT...

... den Mitgliedern des Deutschen Roten Kreuzes aus Egestorf. Die Gruppe um Herrn Bartels war frühmorgens aus dem Wahlkreis angereist und hatte ein straffes Hauptstadtprogramm zu absolvieren, bevor sich ihnen die Gelegenheit zum Gespräch mit MGB bot. Viele Themen wurden angesprochen, natürlich auch die deutsche Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.

